

LSAP: sortir le service secret de l'ombre

"Il faut que cessent les cachotteries autour des activités du Service de renseignements", a exigé Alex Bodry lors d'une conférence de presse du LSAP lundi dernier. Par ailleurs, il a émis des doutes sur la légalité de certaines activités violant les libertés individuelles. Enfin, il a vivement critiqué la pratique consistant à enrôler des policiers pour des activités de renseignement - en tant qu'ancien ministre de la force publique, il sait de quoi il parle. Jean Asselborn a ensuite fait le lien avec la modification de l'article 28 de la Constitution relatif au secret des lettres et aux écoutes téléphoniques. Avant d'élargir les possibilités pour de telles écoutes, le LSAP exige une réforme du Service de renseignements (SR), dont la base légale date de la guerre froide. Néanmoins le LSAP n'envisage pas sa dissolution, vu le contexte international, mais seulement une réforme en profondeur. Ainsi il propose de mettre le SR sous tutelle du ministre de la justice, de l'enlever donc au ministre d'Etat qui en a fait sa chasse gardée. Le LSAP demande également un contrôle indépendant. Cependant, les mécanismes de contrôle envisagés sont assez discrets, ne laissant pas espérer une véritable transparence. "On ne peut pas rendre publics tous les détails", a expliqué Alex Bodry.

Luussert is back

"Espresso schwarz a staark" - so heißt der neueste mediale Erguss, mit dem die CSV die Luxemburger WählerInnenenschaft in den letzten Wochen ungefragt überschüttet hat. Es ist immer wieder erstaunlich, wie schlecht sich Luxemburgs größte und reichste Partei nach außen hin verkauft. Mit dieser Hochglanz-Postwurfsendung an alle Haushalte leistet sich die schwarze Partei selbst in konservativen Kreisen keinen guten Dienst. Was besonders aufstößt, ist die "personalie"-Seite, eine Art schlecht kopierter "Feierkrop-Beschass". Hier werden politische GegnerInnen auf sehr persönlicher Ebene angegriffen, ohne dass den von ihnen geäußerten Kritiken inhaltlich begegnet würde. Ob einer oberlehrerhaft wirkt, sich modisch kleidet oder seine Freizeit auf besondere Art verbringt - was hat das mit der politischen Auseinandersetzung zu tun? Fragt sich nur wie der Chef im eigenen Hause dazu steht, der sich ja selbst gerne als Mitglied der schreibenden Zunft sieht, sollte er die Geschicke des Landes einmal nicht mehr leiten. Irgendwie erinnert die Schreibe an die berühmterbüchtere "lénks geluusst"-Rubrik aus den Siebzigern. Damals operierte das oppositionelle LW mit Anpöbeleien gegen RegierungsvertreterInnen - nicht ohne Erfolg. Doch wie weit muss die CSV gesunken sein, wenn sie sogar als Amtsinhaberin zu solchen Methoden greifen muss?

Sensibilisierungskampagne des grünen Frauenrates

Déi Gréng werden nicht müde, für die Individualisierung der Rentenrechte einzutreten. Bereits am vergangenen Montag stellten die Grünen Viviane Loschetter und Fränz Bausch auf einer Pressekonferenz ihr Modell eines gerechten Rentensystems der Öffentlichkeit vor: Ab 2005 zahlt jede Person über 21 Jahre in die Rentenversicherung ein. Für Personen, die im Stichtag zwischen 22 und 20 Jahre alt sind, wird eine Übergangsregelung vorgeschlagen. Diese leisten ab 2005 zwar ebenfalls die Beiträge ins neue System, ihre nach dem alten System erworbenen Rechte bleiben dabei aber erhalten.

Die Grünen wollen mit der Individualisierung der Frauentalersarmut beikommen. Laut Statistiken fiel die Regel-Altersrente der Frauen im Dezember 2000 mit 39.992 LUF sehr viel spärlicher aus als die der Männer (88.183 LUF) - Folge von Beitragslücken in weiblichen Erwerbsbiografien und von niedrigeren Frauenlöhnen.

In Anbetracht wachsender Scheidungsziffern und vieler nicht-versicherter Hausfrauen haben die grünen Frauen eine Sensibilisierungskampagne gestartet. Auf Postkarten wird auf die riskante Tatsache verwiesen, dass nur sieben Prozent aller erwerbslosen Frauen in die Rentenversicherung einzahlen, gegenüber 100 Prozent regulär versicherter Hausmänner.

WAHLEN

Demokratie in weiter Ferne

Luxemburg und Deutschland gehören zu den Ländern mit patriarchalischer Grundhaltung, so die Politologin Beate Hoecker. Deshalb schneiden sie in puncto Präsenz von Frauen in der Politik so schlecht ab.

(rw) - "Demokratie am Anfang" - der von der deutschen Soziologin Helge Pross geprägte Begriff charakterisiert in Europa ein noch immer von Männern dominiertes Verhältnis von Politik und Geschlechterrepräsentanz, so Beate Hoecker bei ihrer Konferenz am vergangenen Montag im Centre universitaire. Die Privatdozentin des Instituts für Politische Wissenschaften der Universität Hannover war nach Luxemburg eingeladen worden, um über "Gleichberechtigte Teilnahme an der Politik: eine Herausforderung an die Luxemburger Gesellschaft" zu sprechen. Ein Thema, mit dem sich derzeit das "Centre de recherche public Gabriel Lippmann" befasst, das im Auftrag des Frauenministeriums die Beteiligung von Frauen an der hiesigen Gemeindepolitik erforscht.

Die Quote hilft

Vom "demokratischen Idealfall", der Geschlechterparität, sei Europa nämlich noch weit entfernt, meinte die Rednerin, die vor allem mit deutschen Zahlen aufwartete. So liege etwa der Frauenanteil an den Mitgliedern von Parteien bei durchschnittlich 27 Prozent - lediglich SPD, PDS und Grüne hätten höhere Werte aufzuzeigen, was eindeutig auf den Einsatz von parteiin-



ternen Quoten zurückzuführen sei. Auch bei der Listenaufstellung habe die Quote einen entscheidenden Einfluss: Wenn heute 31 Prozent der Mitglieder des Bundestags Frauen sind, dann sei dies bei dem auf Bundesebene geltenden Verhältniswahlrecht vor allem auf die stärkere Präsenz von Frauen als Kandidatinnen zurückzuführen.

Im europäischen Vergleich liefert Deutschland jedoch nur mäßige Mittelklasse (Luxemburg liegt übrigens noch weiter hinten). Dagegen haben die nordischen Länder die Nase vorn. Diese hohe Präsenz führt Beate Hoecker nicht nur auf die Quote zurück, sondern auch auf eine egalitäre Einstellung der skandinavischen Gesellschaft und den dortigen, hohen Stellenwert der Gleichstellung, im Gegensatz zu der patriarchalischen Grundhaltung, die in Ländern mit niedriger Frauenbeteiligung vorherrscht.

Darüber hinaus sah die Rednerin aber vor allem drei Gründe für die Distanz von Frauen zur Politik: Erstens sind Frauen Formalismus, Konkurrenzdenken und "männliche" Themen nicht gewöhnt: "Wenn Frauen sich engagieren, tun sie es nach fremden Regeln." Zweitens sind die vorherrschenden Karrieremuster an männlichen Biographien orientiert: Hoher Bekanntheitsgrad, zeitliche Disponibilität und hohe Fachkompetenz sind gefragt. Frauen mit Kindern etwa finden wenig Verständnis in der Welt der Politik. Drittens korreliert die weibliche Unterrepräsentanz mit ihrer gesellschaftlichen Ungleichbehandlung, zum Beispiel in der Arbeitswelt. Wer in der Welt der Erwerbsarbeit aktiv ist, hat zudem schon

wichtige Hürden genommen, die für die politische Aktivität fitmachen.

Fundamentaler Umbau

Als Lösungen für diese Situation plädierte Beate Hoecker langfristig für einen fundamentalen Umbau der Gesellschaft, etwa bei der Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit, kurzfristig für eine verstärkte Professionalisierung von Frauen, gesetzliche Hilfsmittel wie die Quote, aber auch eine institutionalisierte Geschlechterpolitik, die ihren Blick stärker auf die Männer richtet. Für diese Gattung konstatierte sie allerdings mit dem Soziologen Ulrich Beck "verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltenssperre".

Erste Resultate der Studie des Centre Lippmann, die Isabelle Cames vorstellte, bestätigen diese Aussagen auch für Luxemburg: Bei zwanzig qualitativen Interviews fand sich nur eine Frau, die ihre politische Karriere strategisch geplant hatte, alle anderen waren von Parteien oder Persönlichkeiten gebeten worden, sich zu engagieren. Auffallend sei zudem der große Mangel an Selbstvertrauen bei den Frauen. Einige Luxemburger Spezifitäten scheint es aber dennoch zu geben: Der luxemburgische Soziologe Fernand Fehlen wies in der anschließenden Diskussion auf die Besonderheit des Panaschiersystems hin, das Frauen erwiesenermaßen in der Politik die schlechteren Karten zuteilt.

TOURISMUS IN LUXEMBURG

Fit für Öko?

Seit der Einführung des "Eco-Label" für hiesige Tourismusbetriebe wurde viel für die neue Nische Ökotourismus getan. Doch bislang fehlt das bahnbrechende Konzept.

(roga) - Zum neunten Mal fand der traditionelle "Incoming Day" des "Office National du Tourisme" (ONT) statt. Perspektiven des Luxemburger Fremdenverkehrs werden hier diskutiert, diesmal lautete das Thema "Ökotourismus, voll im Trend?". Das Ministerium ließ sich in letzter Minute entschuldigen, so dass die Betroffenen aus der Touristikbranche weitgehend unter sich blieben.

Was der Reisende nicht kennt ...

Die Vorträge deutscher SpezialistInnen - des ETI-Instituts an der Uni Trier, des Consulting-Büros FUTOUR in München und der europäischen Koordinationsstelle ECOTRANS aus Saarbrücken - zeigten vor allem eines: Es besteht eine potenzielle Nachfrage nach umweltfreundlichem Tourismus in allen Ländern - in Größenordnungen bis über 30 Prozent. Gleichwohl hat sich das Konzept des Ökotourismus erst punktuell und zögerlich durchgesetzt. Das Hauptproblem: die Sensibilisierung der Reisenden. Sogar in Österreich, dem Vorzeigeland des sanften Tourismus, sind es weniger die Gäste anlocken, sondern gezielte

Angebote von Hotels oder Fremdenverkehrsbüros.

Erschwerend kommt hinzu, dass es nicht nur Hunderte von Definitionen für Ökotourismus gibt - von Naturtrekking bis Natur-Kultur-Reisen -, sondern nicht weniger als insgesamt 40 europäische Labels. Um eine Vereinheitlichung der Standards bemüht sich deshalb die Initiative "Visit", auf deren Internet-Site www.yourvisit.info ein Überblick über den Label-Dschungel geboten wird.

Nische: Ökotourismus

Seit einigen Jahren besteht in Luxemburg das von der Stiftung "Oeko-Fonds" initiierte "Eco-Label". Zu den 21 zertifizierten Betrieben zählen sechs Hotels, acht Campings und sieben Gîtes ruraux. Die Handelskammer begleitet das Projekt mit viel Engagement: Tom Thewes wusste zu berichten, wie spannend es sei, die 100 Kriterien, von denen 50 obligatorisch sind, vor Ort zu überprüfen.

Einer der Vorreiter des Ökotourismus in Luxemburg ist der Hotelier Francis Dahm aus Erpeldange. Er betonte das hohe Maß an Idealismus, das es braucht, um in allen Details - von den umweltfreundlichen Putzmitteln bis zur rationellen Energieverwertung - den Kriterien des Ökotourismus gerecht zu werden. Deren Erfüllung soll aber in Zukunft erleichtert werden: Die zertifizierten Betriebe erklärten ihre uneingeschränkte Bereitschaft, einsteigewilligen

KollegInnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Erfreuliches Detail am Rande: Nahezu alle Gäste machen mit, selbst wenn sie vorher noch nicht sensibilisiert waren.

Eine flächendeckende Ausdehnung von ökologischen Touristikbetrieben, Einrichtungen und Dienstleistungen ist in Luxemburg noch nicht in Sicht. Deshalb wurde auch die Frage aufgeworfen, wie denn eine ökotouristische "Corporate Identity" in einem Lande aufgebaut werden kann, das zusehends zersiedelt und industrialisiert wird. Das Lösungswort für eine erfolgreiche Strategie heißt nach Meinung der VeranstalterInnen weiterhin "Naturpark": Nicht nur Marco Schank insistierte auf einer schwerpunktmäßigen Spezialisierung weiterer Regionen, wie dem Mullerthal, sowie darauf, für ÖkotouristInnen attraktive regionale Identitäten zu pflegen.

Deshalb wird das Thema des nächsten Incoming Day wohl unter dem Motto "Regionalisierung des Tourismus" stehen. Damit eng verbunden ist eine bessere professionelle Unterstützung der vielen Aktivitäten vor Ort. Ob dieses heikle Thema das Ministerium wiederum zur kollektiven Abwesenheit motivieren wird, bleibt abzuwarten.

